

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: W. G. Schmidt, Dresden.
Verlagsnummer 25241.
Für die Nachdrucke: 20017.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Leipzig bei täglich zweimaliger Zeitung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.
Die einseitige 37 mm breite Seite 4.— M. (bei Familienanzeigen, Einzelnen unter 1000 M. u. Wohnungsanzeigen, 1 seite 3.— M., 2 seite 2.— M.) Bezugsplätze laut Tarif. Druck- u. Anzeigen-Preise geg. Voranschlag. Einzelpreise s. Vorabendblätter 6 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Marianstraße 33/40,
Druck u. Verlag von G. G. Schmidt & Co. in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht angenommen.

Gebr. Arnhold

DRESDEN-BERLIN

Waisenhausstraße 20/22 | Berliner Haus:
Hauptstraße 38, Chemnitz Straße 96 | Berlin W 56, Französische Straße 33a

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte + An- und Verkauf in- und ausländischer Wertpapiere und Verwaltung derselben + Besondere Abteilung für ausländische Währungen + Feuer- und diebessichere Stahlkammer

Wachsender Widerstand gegen die Streikparole.

Eine Spaltung innerhalb der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner.

(Dresdner Nachrichten) Berlin, 30. Jan. Der Beschluss des erweiterten Vorstandes der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, der Regierung den Streik anzubieten, falls das beschlossene Ultimatum abgelehnt werden sollte, hat zu einer starken Opposition innerhalb der Reichsgewerkschaft selbst geführt. Western hat die Reichsgewerkschaft VI der Reichsgewerkschaft, in der mittlere und obere Beamte organisiert sind, beschloffen, der Streikparole der Reichsgewerkschaft keine Gehorsamkeit zu leisten.

Der Beschluss wurde nach sehr gründlicher Aussprache fast einstimmig gefasst, da man zu der Ueberzeugung gekommen war, dass der erweiterte Vorstand hat seinen Widerstand gebildet, als er durch seinen Beschluss die Unabhängigkeit unter den Mitgliedern verhierte.

Ferner wurde allgemein der Ansicht Ausdruck gegeben, dass der erweiterte Vorstand bei Ausstellung seiner Forderungen, die für das Reich eine Mehrbelastung von 50 bis 60 Milliarden Mark ergeben würden, auf die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands nicht die erforderliche Rücksicht genommen habe.

Dieser Beschluss dürfte, wie aus Eisenbahnerkreisen mitgeteilt wird, nicht verurteilt werden, denn auch in anderen Fachgruppen beschließt man sich im Augenblick lebhaft mit der Streikparole des erweiterten Vorstandes. Der Vorstand der Reichsgewerkschaft ist in eine sehr schwierige Lage gekommen, da er jetzt nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen einen Teil von eigenen Mitgliedern ankämpfen muss.

Dieser Zwiespalt in den Reihen der Beamten dürfte auf der Lagung des Hauptvorstandes, die bereits zum Dienstag einberufen ist, noch deutlicher zum Ausdruck kommen. Wenn bisher vom erweiterten Vorstand der Reichsgewerkschaft stets betont worden sei, dass lediglich wirtschaftliche Motive die Eisenbahner zu ihrem scharfen Vorgehen veranlassen hätten, so lasse sich doch nicht verkennen, dass auch andere Beweggründe bei der Beschlussfassung mitgewirkt zu haben scheinen. Daraus denken auch die Aussagen des ersten Vorsitzenden Manne hin, der erklärte: „Wir wollen durch den Streik erzwingen, dass wir zum Wiederaufbau zugelassen werden. Wir wollen die Regierung aus der Umklammerung des Großkapitals durch die Tat befreien.“

Ablauf des Ultimatum am 1. Februar.

(Dresdner Nachrichten) Berlin, 30. Jan. Von der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner wird mitgeteilt, dass die Frist des der Eisenbahnverwaltung gestellten Ultimatum erst am 1. Februar abläuft, und dass der Vorstand der Reichsgewerkschaft erst dann zusammenzutreten wird, um über weitere Schritte, die zu unternehmen sind, zu beschließen. Bis zur Stunde sei der Reichsgewerkschaft noch keine offizielle Mitteilung über eine Verhandlungsbereitschaft der Regierung gemacht worden.

Berlin, 30. Jan. Heute früh lagen Beschlüsse von Beamtenversammlungen in München, Nürnberg, Breslau, Frankfurt und Freiburg vor, die in Resolutionen die Organisationen zur Stellung eines nochmaligen ultimatums an die Reichsregierung auffordern.

Ablehnung des Zahlungsplanes in Frankreich.

(Wagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten) Paris, 30. Jan. Die „Nouvelle Presse“ meldet aus Paris: Die deutsche Note an die Alliierten ist ein Fehlschlag. Mit Ausnahme der englischen Delegierten, die zunächst nicht in Paris weilten, herrscht in der Reparationskommission eine lebhaftige Erregung. Man vermisst die Darlegung dessen, was Deutschland leisten wolle. Statt dessen bringe die deutsche Regierung nur sentimentale Klagen darüber, was es nicht leisten könne. Auch die referierte Haltung des italienischen Vertreters, die Deutschland nicht unglücklich war, welche unter dem Eindruck der Note nicht mehr. Ihre Ablehnung sei eine für die deutschen Interessen sehr unglückliche.

Keine neue Lage für Genua.

(Wagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten) Basel, 30. Jan. Das „Pariser Echo“ meldet: Die deutsche Antwort an die Reparationskommission hat für die Genuaer Konferenz keine neue Lage geschaffen. Für Frankreichs Teilnahme in Genua bleibt es Voraussetzung, dass Deutschland die ihm zur Pflicht gemachten Zahlungen im vollen Umfang zu leisten habe.

Schweizerische Hilfsbereitschaft.

(Wagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten) Bern, 30. Jan. Die Schweizerische Devisen-Kommission meldet: Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung seine Bereitwilligkeit erklärt, auch wenn es finanzielle Opfer für die Schweiz kosten sollte, an einem wirtschaftlichen Reorganisationsplan für Europa mitzuarbeiten.

Noblemaire über den Völkerbund.

Paris, 30. Jan. Die französische Vereinigung für den Völkerbund hielt gestern eine Generalversammlung ab. Hierbei sprach der französische Delegierte beim Völkerbunde, der Abg. Noblemaire über die Arbeiten des Völkerbundes im Jahre 1921 und sagte: Stehen nicht dem Völkerbunde, der geschaffen wurde, um alle Mächte zu vereintigen, heute nicht drei der größten Weltmächte fern? Solange am Heranwachsenden die drei wichtigsten Plätze leer bleiben werden die Fundamente des Gebäudes unsicher sein. Solange der Friede in Europa, im Orient und der ganzen Welt nicht geschlossen ist, solange die französisch-deutsche Friede nicht über Theorien und Buchstaben hinausgedrungen ist, solange, um deutlicher zu reden, Deutschland sich nicht für besieg erklärt und abgerichtet hat, solange seine Zahlungen nicht gewährleistet sind, solange der Völkerbund und werden vielleicht wir selbst auflösen und werden werden, neben dem Völkerbund, um der Welt den Frieden zu erhalten, neben dem Obersten Rate und neben der Völkervereinigung stehen müssen. (S. 2.)

Dr. Heinze über die Aufgaben der Gegenwart.

Die Deutsche Volkspartei in Leipzig hielt am Sonntagabend einen parlamentarischen Abend im „Burgkeller“ ab. Reichsminister a. D. Dr. Heinze hielt eine Rede, in der er nach den „V. R.“ u. a. ausführte: Mit ihrer Beteiligung am Steuerkompromiss habe die Deutsche Volkspartei einen Schritt vorwärts getan. Dieser Schritt habe sie von den Deutschen Nationalen als grundsätzliche - Kompromiss als getrennt. An weiten

Kreisen sei infolge dieses Schrittes der Deutschen Volkspartei die Hoffnung auf Verwirklichung der „großen Koalition“ rege geworden; dazu sei aber vor allen Dingen erst nötig, dass der Deutschen Volkspartei gewisse, von ihr bereits formulierte Garantien geboten würden. Die bisherige Art der Bildung von Koalitionsministern durch die Parteien lehnte Heinze mit Entschiedenheit ab. Er bekannte sich weiter als Anhänger einer konstitutionellen Monarchie, ließ aber keinen Zweifel darüber, dass auf absehbarer Zeit deren Wiederherstellung, auch in neuen, mehr parlamentarisch betonten Formen, unmöglich sei. Insein Streben müsse darauf gerichtet sein, diejenigen Kräfte in der Welt, die zu uns neigen, zu der Einsicht zu bringen, dass ein wirtschaftlich leistungsfähiges Deutschland für sie lebenswichtig sei. Aus diesen Erwägungen heraus habe er für das Londoner Ultimatum gestimmt. Unmögliches sei damit nicht versprochen worden; denn die einzige Möglichkeit, die Gegner von der Innerlichkeit ihrer Forderungen zu überzeugen, sei der Versuch der Erfüllung, der natürlich von vornherein zum Scheitern verurteilt sei. Die Entwicklung der Dinge von London bis Cannes sei die beste Rechtfertigung seines Standpunktes. Als eine der für uns wichtigsten Forderungen dieses Verlaufs stelle Heinze die Tatsache hin, dass der französische Militarismus in England jetzt viel verhasster sei, als ehemals der deutsche. Die Aufgaben der Politik der Deutschen Volkspartei sah Heinze darin zusammen: Schärfung des Sinnes für Staatsnotwendigkeiten, eine Koalition, in der die Deutsche Volkspartei vertreten sei oder auf die sie Einfluss habe, eine auswärtige Politik, die Katastrophen vermeide. Als sein Ideal bekannte er schließlich eine aktive Politik der beiden Reichsparteien; dafür seien aber die Deutschnationalen zunächst nicht zu haben, denn sie verlagerten sich den Staatsnotwendigkeiten und schwächen damit die Rechte.

Die Wahrheit über den indischen Freiheitkampf.

(Wagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten) New York, 30. Januar. Der Vertreter der indischen Nationalisten in Amerika, Dr. Krishna, erhielt von dem Nationalistenführer Gandhi ein Telegramm, worin das Dementi der englischen Regierung bezüglich der Proklamierung einer indischen Republik als falsch bezeichnet wird. Gandhi teilt mit, dass am 24. Dezember vorigen Jahres die freie Republik Indiens von den Nationalisten proklamiert wurde. An der Gründungsversammlung nahmen Delegierte teil, die insgesamt 6 Millionen Indier vertraten. Ein anderer Teil Delegierter war durch verschiedene Umstände verhindert an der Veranstaltung teilzunehmen. Doch wurde bekannt gegeben, dass noch mindestens 2 Millionen Indier diesen Führern Auftrag erteilt haben, für die Gründung der Republik zu stimmen. Gandhi teilte ferner mit, es sei beschlossen worden, zunächst eine republikanische Armee zu bilden, welche im Laufe dieses Jahres bis auf 300000 Mann gebracht werde. Die englische Verwaltung in Indien habe sofort nach Bekanntwerden der Proklamation 2000 verdächtige Personen verhaften lassen, wovon über 300 sofort erschossen wurden, nachdem sie durch militärische Gerichte zum Tode verurteilt worden waren, weil sie an einer Verschwörung gegen die Regierung teilgenommen hätten. Gandhi ersucht diese Dinge besonders in den Vereinigten Staaten der Öffentlichkeit bekanntzugeben, weil England die tatsächliche Lage in Indien verschleierte habe.

Die gleitende Lohnskala.

Das von der Revolution hart erschütterte Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die unheilvolle Ausbreitung der Streiks und ihre das gesamte Wirtschaftsleben gefährdenden Begleit- und Folgeerscheinungen machen es notwendig, nach einem Mittel zu suchen, das geeignet ist, die verhängnisvolle Bedrohung unserer Wirtschaftsverhältnisse, soweit sie durch die genannten Missetaten erfolgt, wenigstens zu beseitigen. Bei diesem Bestreben kommt es darauf an, das Uebel an der Wurzel zu fassen und mit den Tatsachen zu rechnen, so wie sie sind, nicht wie sie sein sollten. Es ist kein Zweifel, dass die überwiegende Teil aller Kämpfe, die wir im Wirtschaftsleben Deutschlands seit dem Kriegsende an unseren Augen vorüberziehen sehen, von jener in jeder Hinsicht schwierigsten aller Fragen, der Lohn- und Gehaltsfrage, bestimmt wurde. Tausend Mißverständnisse, Verwirrungen, Verhimmungen, Feindschaft sind im Verlaufe dieser Kämpfe anzugegen getreten und der Erfolg dieser Vorgänge ist für die Allgemeinheit ein sehr besorgenswerter geworden: das deutsche Volk in allen seinen Ständen und Schichten entfremdet sich und fördert damit indirekt das Werk seiner Feinde, die es auseinander treiben und die seine innere Einigkeit zerstören möchten. Es muß dieser immer mächtiger und immer unheilvoller werdenden Bewegung mit aller Kraft und mit der ganzen Stärke des nationalen Bewusstseins, das sich zu jeder Zeit in Opferbereitschaft aufrichtet und fundiert wird, entgegengetreten werden. So gern sich jeder, der in sich den Erbes spürt, mit helfender Hand den Wiederaufbau unseres Vaterlandes an, fördern zu dieser Einsicht befähigen wird, so schwierig ist es, diesem wahrhaft nationalen Willen eine für die Allgemeinheit fruchtbare Ausdrucksform zu verschaffen, einen Weg zu schnellerer Beseitigung zu öffnen. Wenn man aber das Ziel, die Stabilisierung unserer innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen, die Erhaltung der durch die Lohnstreiks verloren gegangenen Milliarden, die im Inneren des Vaterlandes liegende Annäherung der Stände untereinander fest ins Auge faßt und auf der anderen Seite die allgemeine Notlage gedehrend berücksichtigt, dann wird es klar, dass jener Weg nur durch eine Einigung der gegenwärtig sich scharf gegenüberstehenden Volksteile der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer über die Lohnfrage hindurch führen kann, und zwar durch eine Einigung, die nicht von heute auf morgen als ungenügend wieder beiseite geschoben werden kann, sondern die zum mindesten so lange andauern muß, bis wir die Nährstoffe der wirtschaftlichen Nachkriegsfrankheiten überwunden haben. Es gilt zu vermitteln zwischen den ohne allen Zweifel berechtigten und notwendigen Gewinninteressen der Unternehmer, ihren finanziellen Möglichkeiten, ihren feineswegs an unterschätzenden Sorgen um die künftige Wirtschaftslage ihrer Betriebe auf der einen Seite und dem ebenso berechtigten Wunsch des Arbeitnehmers, durch seines Geistes oder seiner Hände Arbeit eine lebensmäßliche und lebenswürdige materielle oder besser finanzielle Unterlage zu verschaffen, auf der anderen Seite. Man sehe nun einmal voraus, dass beide Interessengruppen unter Berücksichtigung der räumlichen allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands sich zu dem nationalen Opfer eines gewissen Teiles ihrer Lebenshaltung und ihrer Einkünfte von vor dem Kriege entschließen könnten, soweit dieser Verlust die nicht überhöht der Lebensmöglichkeit erlaubt. Weiterhin soll hier angenommen werden, dass beide Gruppen auf dieser moralisch-wirtschaftlichen Grundlage zu gemeinsamen Beschlüssen eine zahlenmäßige Basis für den Entgelt geleisteter Arbeit finden würden, wofür bei autem Willen allerhand berechnete Hoffnungen bestehen. Dann kann es sich nur noch darum handeln, dieses Kompromiss zu schließen und nach Einkünften künftiger Wirtschaftslagemomente an anzuhaken. D. h., es muß mit automatischer Kraft angeschlossen werden, die es jeweils den folgenden Veränderungen der Wert- und Währungsverhältnisse anpaßt. Das geschieht durch die sogenannte gleitende Lohnskala oder, wie man es auch ausdrücken könnte, durch die Schaffung eines Ander, einer Maßstabs, in der die Wirtschaftsmomente, die veränderliche innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zum Ausdruck kommen. Gemäß dieser Maßstabs, die, wie gesagt, auf und nieder geht, werden die Löhne und Gehälter berechnet, ohne daß dabei noch irgendeiner Seite hin eine Unrechtfertigkeit damit verbunden sein könnte, wenn 1. zwischen den Kontrahenten eine wirkliche Einigung über die Bemessung der Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der oben angegebenen nationalen und moralischen Momente stattgefunden hat, und wenn 2. der Berechnung der Unternehmer die accedierten und notwendigen Faktoren zugrunde gelegen haben oder zugrunde gelegt werden.

Es sei hier bemerkt, dass der Vorschlag einer solchen automatischen Lohnregulierung keineswegs neu, nicht einmal ein Nachkriegsprodukt ist. Bereits vor über vierzig Jahren haben erfahrene englische Industriekreise in ihren Betrieben derartige Berechnungsmethoden versuchsweise eingeführt. Wenn sie davon in den Jahrzehnten vor dem Kriege größtenteils wieder abkamen, so lag das daran, dass die Indexkoeffizienten nach zu begrenzten Gesichtspunkten, beispielsweise in der englischen Kohlenindustrie, lediglich nach dem Verkaufspreis der Kohle errechnet wurde, und daran vor allem, dass an Stelle des durchschnittlichen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stand, das eine solche Regelung überflüssig erschienen ließ. Keineswegs aber war die Preisgabe des gleitenden Lohnverfahrens im damaligen England etwa in dem Umwert der gesamten Methode begründet. Diese hat vielmehr ihren unerschütterlichen Wert, und ein Beweis